Berlin.
Dienstag, 31. März.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 152.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Lindenstr. 61.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die Rhein-Ahe-Eisenbahn; die Zollkonferenz. Frankfurt a. M.: Militärisches. Wiesbaden: aus der Kammer. Stuttgart: die Eisenbahnfrage. Koburg: der Landtag. Arolsen: die Holzfrage. Hamburg: die Bürgerschaft.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: der Konflikt mit Sardinien; der deutsch dänische Streit; Tagesbericht.
Frankreich. Paris: die neuenburger Frage; Tagesbericht.
Italien. Turin: der Konflikt mit Oesterreich; aus der Kammer; das Verhältniß Modena's.
Amerika: aus New-York.
Berliner Nachrichten.
Provinzial-Zeitung.

Deutschland.

* **Berlin**, 31. März. Die Verhandlungen zwischen Preußen und Oldenburg wegen des Baues einer Rhein-Ahe-Eisenbahn dauern hier noch zwischen den beiderseitigen Kommissarien fort und haben, wie man erfährt, dadurch eine Verzögerung erhalten, daß von Oldenburg eine Erhöhung des von Preußen zu zahlenden Pauschquantums für die Einnahmen, welche die diesseitige Postverwaltung aus dem ihr übergebenen Post-Transit im Fürstenthum Birkenfeld hat, verlangt wird.

— Die hier zusammengetretene außerordentliche Zollvereinskonferenz hat ihre Sitzungen geschlossen, und die Mitglieder kehren, nachdem dieselben neulich von dem Könige empfangen wurden, in diesen Tagen in ihre Heimath zurück. Einige Kommissarien der Konferenz werden sich nunmehr nach Wien begeben, um mit österreichischen Kommissarien auf Grund der sowohl von Oesterreich als auch vom Zollverein aufgestellten Vorschläge, die Erweiterung von Verkehrs-Erleichterungen zwischen Beiden betreffend, weiter zu berathen.

— Berichtigung. Nicht „1000", sondern 10,000 Thaler sind für den Bau des Kriegshafens an der Ostsee auf Rügen im Etat der Marine-Verwaltung für 1857 angesetzt.

Frankfurt a. M., 29. März. Nachdem etwa vor Jahresfrist die Kriegsdienstpflichtigkeit im deutschen Bunde von 5 auf 6 Jahre bestimmt worden, ist neuerdings durch Bundesbeschluß festgesetzt, daß bei geworbenen Truppen für die Mannschaft, weil sie stets präsent gehalten und nicht während eines Drittels der Dienstzeit beurlaubt wird, eine vierjährige Dienstpflichtigkeit genüge. (Postz.)

Wiesbaden, 28. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde wieder Abg. Wirth zum Präsidenten, Bürgermeister König zum ersten und Prokurator Dr. Braun zum zweiten Vice-Präsidenten gewählt. Hierauf stellte der Abg. v. Eck den Antrag: die Ständekammer möge für die Gehaltverbesserungsfrage der Staatsdiener einen besonderen Ausschuß von 7 Mitgliedern wählen, welcher Antrag auch angenommen ward.

Stuttgart, 28. März. Nach den neuesten Verhandlungen in der Kammer und Aeußerungen vom Ministertisch ist der Stand unserer Eisenbahnfrage der, daß von Plochingen bis Reutlingen jedenfalls, und von Reutlingen über Tübingen nach Rottenburg höchst wahrscheinlich und zu gleicher Zeit gebaut wird. Die Arbeiten sollen unverzüglich beginnen und ist die Uebernahme der Erdarbeiten bis Reutlingen bereits ausgeschrieben. Die ganze Linie kann in 1½ Jahren vollendet sein. Die Kosten für die ganze Linie betragen etwas über 6 Mill. Gulden und es soll, beschlossenermaßen, ein Staatsanlehen gemacht werden. Da aber immerhin 2 Millionen Staatsgelder zu dem Baue disponibel sind, so wird es einer Aufnahme von höchstens 4 Millionen bedürfen. (F. P. Z.)

Arolsen, 25. März. Die Ständekammer ist endlich noch zu einem Entschlusse hinsichtlich der Holzfrage gelangt. In der heutigen Sitzung vereinigte sich dieselbe zur Annahme des Wirths'schen Antrages, dahin gehend, die Sache vorerst und bis auf weiteres auf sich beruhen zu lassen und gegen den Erlaß der Verordnung vom 20. September 1855, so wie gegen die öffentlichen Versteigerungen und alle aus der Verordnung herfließenden Folgen feierlichen Protest zu erheben und Rechtsverwahrung einzulegen. Folgeweise verweigerte die Kammer denn auch der betreffenden Einnahmeposition im Budget wegen des aus den Versteigerungen zu erzielenden Mehrbetrags ihre Sanktion. (Westf. Z.)

Koburg, 27. März. Vorgestern ist der Sonderlandtag des Herzogthums Koburg hier zusammengetreten und vom Staatsrath von Pawel-Rammingen empfangen worden. Die elf, sämmtlich erschienenen Abgeordneten bestehen aus 2 Bürgermeistern, 4 Staatsbeamten, 4 Oekonomen und 1 Advokaten. Die Thätigkeit des Sonderlandtags wird sich fürs erste auf die Wahl der Mitglieder zum gemeinschaftlichen Landtage beschränken. (L. Ztg.)

= **Hamburg**, 30. März. Die Erbgesessene Bürgerschaft war heute ungewöhnlich lange, nämlich von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends versammelt, wie es auch nach der großen Anzahl — 12 — und der verschiedenen Qualität der theilweise in unsere städtischen Interessen tief eingreifenden Senatspropositionen nicht anders zu erwarten gewesen war. Wie eben angedeutet, bezogen sich die meisten Propositionen auf speziell städtische Verhältnisse; Interesse für das Ausland hatten eigentlich nur die Ratifikation des Sundzollvertrages (Bezahlung der Ablösungsquote auf einmal) und Einführung des Zollgewichts. Beides wurde von der Bürgerschaft angenommen, eben so der Bau einer neuen Kaserne für das Bundeskontingent (die Hanseaten). Dagegen wurde die Errichtung einer neuen — pädagogischen — Professur am akademischen Gymnasium, gegen die sich mit Ausnahme der Behörden und der Gymnasialprofessoren fast alle kompetenten Stimmen, besonders aber der unermüdliche Vertheidiger der Nothwendigkeit der Gründung eines besonderen Schullehrerseminars in Hamburg, der auch auswärts als Pädagog geschätzte Dr. Krüger, so wie die angesehensten unter unseren Schulvorstehern, als gegen eine unpraktische gefährliche, kostspielige und überflüssige Maßregel erklärt hatten, auch von der Bürgerschaft verworfen.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

⊙ **Wien**, 29. März. Die heutige „Wiener Ztg." bringt die Depesche des kaiserlichen Kabinettes, womit Graf Paar von Turin abberufen worden ist. Man wird nicht fehlgreifen, wenn man annimmt, daß Oesterreich auf die Alteration der völkerrechtlichen Beziehungen den Accent legt und daß die von Seite Piemonts erfolgende Desavouirung derartiger Absichten einzig und allein eine zur Wiederanknüpfung des unterbrochenen Verkehrs geeignete Grundlage abgeben könnte. Es entsteht nunmehr die Frage, ob einige Großmächte ihren Einfluß aufbieten werden, um Piement auf dieses Terrain hinüber zu leiten; einer europäischen Pression würde dasselbe keinen Widerstand entgegensetzen können. In diesem Betrachte ist die Differenz von mehr als gewöhnlichem Interesse; die Art ihrer Austragung wird dazu dienen, manche noch nicht genugsam erhellte Partie der Gruppirung der Mächte zu beleuchten. Das Objekt des Streites ist kein solches, daß eine fernere Verhüllung der Endabsichten möglich erscheint. Oesterreichs Absichten sind unverkennbar: es hat von seinem Standpunkt aus eine Prinzipfrage scharf und entschieden gestellt und es glaubte sie jetzt, nach seinem Vorgehen in Italien, in dieser Weise stellen zu dürfen. Eine gründliche Beantwortung der österreichischer Seits gestellten Frage läßt sich nun wohl noch verschieben, aber in die Dauer keinesfalls ganz umgehen. (Vgl. Turin.)

* **Wien**, 29. März. Im Laufe dieser Woche hat, wie der „Börsenhalle" von hier geschrieben wird, der preußische Gesandte Graf Arnim zu wiederholten Malen mit dem Grafen Buol konferirt und wurde auch vom Kaiser in einer besonderen Audienz empfangen. Wie ich nun erfahre, hat diese außerordentliche Lebhaftigkeit des diplomatischen Verkehrs zwischen dem Vertreter Preußens und dem k. k. Kabinet in einer nicht unbedeutenden Verschiedenheit der Ansichten ihren Grund gehabt, welche sich bezüglich der weiteren Behandlung der dänischen Angelegenheit zwischen den Höfen von Wien und Berlin ergeben hat. Graf Buol hielt an der Meinung fest, daß einem allfälligen weiteren Vorgehen in der obschwebenden Differenz mit Dänemark unbedingt eine nochmalige gemeinschaftlich von beiden deutschen Großmächten ausgehende Widerlegung der in der letzten Kopenhagener Note enthaltenen irrigen Ansichten und Behauptungen in der Form einer Kollektivnote vorangehen müsse, die gleichzeitig den Charakter einer Sommation an sich tragen soll. In Berlin hingegen war man ganz und gar gegen diese vom Wiener Kabinet vorgeschlagene und warm befürwortete Procedur und fand es vielmehr für vollkommen an der Zeit, geraden Weges auf eine Bundesvorlage loszusteuern. Das Wiener Kabinet opponirte anfänglich dagegen, und erst, als man in Berlin sich offen erklärte, daß man in diesem Falle allein in Frankfurt die Vorlage zu bewerkstelligen Willens sei, fand sich Graf Buol veranlaßt, sich dem Wunsche des Berliner Kabinets dießfalls zu fügen. Graf Arnim hat gelegentlich seiner Audienz beim Kaiser die persönlichen Intentionen des Königs von Preußen, betreffend die weitere Behandlung der dänisch-deutschen Streitsache, kundzugeben die Ehre gehabt. In Folge des zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin vollkommen hergestellten Einverständnisses sind, wie mir glaubwürdig mitgetheilt wird, die Instruktionen für den Bundespräsidialgesandten Grafen Rechberg bereits nach Frankfurt abgegangen.

Zur Beilegung der Differenzen, welche wegen der gegen einen österreichischen Staatsbürger in Montenegro verübten schweren Insulte entstanden, sind aus Cettinje der älter ego des Fürsten Danilo, der Präsident des montenegrinischen Senats, Mirko Petrovits und Major Blahovich hier eingetroffen. — Der „Allg. Ztg." schreibt man: Die Entwürfe der Landesstatuten und des Gemeindegesetzes befinden sich in diesem Augenblick noch immer bei dem Reichsrath zur Prüfung, und werden erst von da aus der allerhöchsten Sanktion zugehen. Da diese voluminösen Entwürfe, die außer der eigentlichen Gesetzvorlage auch das historische Material und die Motive in sich fassen, von jedem einzelnen Mitglied des Reichsraths durchgelesen werden müssen, so erklärt sich der Zeitaufwand, den jene Prüfung bedarf, von selbst. — FML. Baron Kempen, bisheriger Chef der obersten Polizeibehörde, soll, wie der „Schles. Ztg." geschrieben wird, dem Vernehmen nach zum Polizeiminister ernannt werden sein, mit Sitz und Stimme im Ministerrathe. — Verschiedenen Blättern zufolge ist die „Breslauer Zeitung" in Oesterreich verboten worden.

Frankreich.

△ **Paris**, 29. März. In der Neuenburger Angelegenheit wird vor nächstem Sonnabend keine neue Konferenzsitzung erwartet. Es scheint übrigens, daß nur etwa noch die Geldfrage einige weitere Schwierigkeiten hervorrufen wird. Die Angaben der Brüsseler „Indépendance" in Betreff der von Preußen beanspruchten Entschädigung waren nicht genau. Der aus den Einkünften der Neuenburger Domainen der Krone zugewiesene Antheil betrug jährlich 100,000 Frcs. Es ist nun nicht gefordert, daß die Krone diese Summe noch 4 Jahre fortbeziehe, sondern dieselbe ist vielmehr zum Satze von 5 Proz., also zum 20fachen Betrage kapitalisirt worden, so daß die Forderung ein für allemal 2 Mill. Frcs. beträgt. Den übrigen Vorschlägen in Betreff der Beibehaltung des Fürstentitels, der Erhaltung und Garantie der Wohlthätigkeitsanstalten, der Niederschlagung aller Kosten, sowie der Einstellung aller Verfolgungen, die aus den Septemberereignissen entsprungen sind, wird die Antwort des Bundesraths schwerlich erhebliche Bedenken entgegensetzen. — Die Verwarnungen der „Presse" und des „Univers" werden fortwährend viel besprochen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit von Neuem, wie unabweislich eine Abänderung der Preßverordnung von 1852 ist, selbst vom Standpunkt der Regierung aus betrachtet. Sämmtliche große Pariser Blätter, der „Moniteur" ausgenommen, haben 2 oder gar 3 Verwarnungen erhalten. Die Regierung ist somit in die Alternative versetzt, entweder ihrem Dekrete gemäß die 3 Mal verwarnten Zeitungen zu unterdrücken oder dies Dekret einen todten Buchstaben bleiben zu lassen. Erstere Maßregel würde eine Wirkung im Publikum machen, welche selbst eine Regierung, wie die gegenwärtige, nicht herauszufordern versucht sein dürfte; letzteres aber gefährdet das auf das politische Banner Napoleons III. geschriebene Autoritätsprinzip. Was die Verwarnung der „Presse" anbelangt, so scheint Frau Georges Sand eine solche vorher geahnt zu haben; man versichert, sie habe der Redaktion des Blattes bedeutet, daß, wenn das betreffende Feuilleton nicht aufgenommen würde, sie dasselbe dem „Siècle" einsenden werde, mit dem Zusatze, daß die „Presse" dessen Aufnahme verweigert habe. Die Redaktion scheint hiernach mehr die Drohung der geistvollen, aber sehr absoluten Schriftstellerin, als die Drohung des Preßdekretes gescheut zu haben. — Fürst Danilo trifft noch keine Anstalten zu der vielbesprochenen Reise nach London. Es heißt, daß Oesterreich in London darauf dringe, daß der Fürst dort nicht empfangen werde.

△△ **Paris**, 29. März. Obwohl die Stimmung gegen die neapolitanische Regierung sich hier sehr gebessert hat, so sind doch die Nachrichten über eine unmittelbar bevorstehende offizielle Anknüpfung verfehlt. Es wird weder der Ritter Pianeli in den nächsten Tagen hier eintreffen, noch geht ein Abgesandter mit vertraulichen Aufträgen von hier nach Neapel. Möglicherweise geschehen die ersten Annäherungen in Rom durch Vermittelung des Grafen Rayneval. — Die Zahl der in Frankreich sich aufhaltenden vornehmen Russen nimmt täglich zu. Viele derselben, und darunter der General-Direktor der Petersburger Polizei, werden sich im nächsten Monat zum Empfange des Großfürsten Konstantin nach Toulon begeben. Die Großfürstin Helene wird von Rom nach Cannes reisen, um dort die Seebäder zu gebrauchen. Aufs Neue wird bestimmt versichert, daß Graf Morny nun doch schon im Mai zurückkehrt; als sein muthmaßlicher Nachfolger wird Herr v. Montebello oder der Herzog von Grammont bezeichnet. — Die „Patrie" enthält folgende Mittheilung: „Ferruk Khan wird dieser Tage von London in Paris zurückerwartet. Nur vier Personen seines Gesandtschafts-Personals haben ihn auf seiner Reise begleitet. Wenn er von dem Hofe von Teheran die Ratifikation des zwischen Persien und England abgeschlossenen Vertrages erhält, so wird er nochmals, und zwar dann mit seinem ganzen Gefolge, sich nach London begeben. Er wird dort die Unterhandlungen, die er wegen des Abschlusses von Handelsverträgen mit verschiedenen Mächten angeknüpft hat, beenden und sich im September nach Persien einschiffen." Nach Briefen aus Wien vom 26. März im „Pays" hat der Ober-Kommandant der Truppen der Moldau unter dem 25. März die offizielle Erklärung erlassen, daß sich an diesem Tage kein einziger österreichischer Soldat mehr in dem genannten Fürstenthume befand.

Es ist vor Kurzem ein Brief des Grafen Chambord an den Herzog von Remours in die Oeffentlichkeit gelangt, aus dem sich das gänzliche Scheitern der Fusion ergiebt (vgl. Nr. 144 der National-Ztg.). Der letzte Schriftwechsel in dieser Beziehung knüpfte sich an den bekannten Brief, den der Graf Chambord nach dem Tode des Herrn v. Salvandy an dessen Wittwe richtete, und in welchem die Fusion als eine vollendete Thatsache bezeichnet wurde, die hauptsächlich durch das Verdienst des Verstorbenen herbeigeführt worden sei. Der Herzog v. Remours nahm nun Anlaß, hiergegen zu protestiren und die Akten wurde weiter als je. Gleichzeitig mit der Erklärung, welche der Herzog dem Grafen Chambord in dieser Angelegenheit zugehen ließ, richtete er an einen Freund folgenden aus Claremont vom 25. Jan. 1857 datirten Brief, der durch die „Indep." jetzt ebenfalls der Oeffentlichkeit übergeben worden ist:

„In einem von den Zeitungen mitgetheilten Schreiben des Grafen Chambord bei Gelegenheit des Todes des Herrn von Salvandy findet sich ein Satz, welcher die 1853 zu Stande gekommene Aussöhnung als eine der festesten Bürgschaften der Zukunft Frankreichs darstellt. Dieser Satz — wir haben dafür den Beweis erhalten — hat einen Sinn, über welchen heute kein Zweifel mehr möglich ist; er hat die Wirkung, an gewisse Verpflichtungen glauben zu lassen, die meine Brüder und ich nicht eingegangen sind. Wir sind demnach, obgleich sehr wider unsern Willen, genöthigt das Stillschweigen zu brechen, das wir uns versprochen hatten über die Beziehungen, die wir mit dem Grafen von Chambord gehabt, zu beobachten. — Als ich in der That mich aus einem Gedanken der Eintracht zu dem Grafen von Chambord begab, that ich dies nur auf die ausdrückliche Versicherung hin, daß dieser Schritt keine Verbindlichkeit in sich schließen sollte. Indem ich ihm dann unseren aufrichtigen Wunsch ausdrückte, ihn eines Tages durch Frankreich auf den Thron berufen zu sehen, so wie unseren Willen, zu seiner Zeit alle unsere Anstrengungen der Erreichung dieses Ergebnisses zu widmen, war ich weit davon entfernt ihm eine binde und unbegrenzte Mitwirkung anzubieten. Eine vorangehende Uebereinstimmung sollte nothwendig die Bedingungen derselben bestimmen. Diese Bedingungen würden von unserer Seite in den drei wesentlichen Punkten zusammen gefaßt worden sein, welche unsere Ueberzeugungen sowohl, wie die der Vergangenheit unserer Familie schuldige Achtung uns niemals aufzugeben gebieten: 1) die Aufrechterhaltung der dreifarbigen Fahne, die heute in den Augen Frankreichs das Sinnbild des neuen gesellschaftlichen Zustandes und der Inbegriff der seit 1789 geheiligten Prinzipien ist; 2) die Bildung der konstitutionellen Regierung; 3) die Betheiligung des Nationalwillens an dieser Wiederherstellung, so wie an der Zurückrufung der Dynastie. Von diesen drei Punkten wurde nur der erste mit dem Grafen von Chambord bei seinem Besuche zu Nervi besprochen und das Ergebniß dieser Unterhaltung war ein solches, daß wir glaubten, ihn benachrichtigen zu müssen, daß, so lange dieser Punkt unentschieden bliebe, jede weitere Gemeinschaft der Ansichten zwischen ihm und uns unmöglich wäre. Da zu unserm sehr großen Bedauern sich seitdem diese Angelegenheit nicht geändert hat und jede Idee eines vorläufigen Einverständnisses von dem Grafen Chambord selbst zurückgewiesen wird, so ist es uns zur Pflicht geworden, Einigungsbestrebungen ein Ziel zu setzen, die heute fruchtlos sind. Wir haben es lebhaft bedauert, daß es unseren Anstrengungen nicht besser gelungen ist, alle Nuancen der konstitutionellen Partei unter einer und derselben Fahne zu vereinigen. Denn dies würde für uns noch ein Weg gewesen sein, Frankreich zu dienen. Unser Entschluß ist nunmehr, die Ereignisse abzuwarten und bei jeder Gelegenheit unsre Bekanntschaft und unsre Pflichten gegen unser Vaterland in Rath zu ziehen. Empfangen Sie ꝛc. Louis d'Orleans.

Die Angelegenheit des Bischofs von Moulins wird den Staatsrath noch die ganze Woche beschäftigen. Man glaubt nicht, daß die entscheidende Plenar-Sitzung vor nächstem Sonnabend stattfinden wird. Das Gerücht von einer zweiten Verwarnung des „Univers" wegen seiner lebhaften Besprechung der Moniteurnote hat sich als grundlos erwiesen. Die Polemik der Presse in dieser Angelegenheit dauert fort. Die „Union" hatte in einem gestrigen Artikel die Berufung an eine weltliche Behörde wegen Mißbrauchs der geistlichen Amtsgewalt selbst für einen großen Mißbrauch erklärt und gesagt, daß keine Regierung, die eine Freundin der Religion sei, zu solchen äußersten Mitteln ihre Zuflucht nehmen werde. Die „Estafette" weist nun heute nach, daß unter der Restauration nicht weniger als 6 Berufungen an die weltliche Behörde stattgefunden haben. In Folge derselben wurden eine Verordnung des Bischofs von Poitiers und ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Toulouse ganz einfach unterdrückt. Der „Moniteur" veröffentlichte im Jahre 1824 sogar einen langen Artikel, in dem auseinandergesetzt war, aus welchen Gründen und wann die Berufung an eine weltliche Behörde gestattet sei. — Die „Assemblée nationale" hatte der Moniteurnote folgende Zeilen vorausgeschickt: „Wir sind überzeugt, daß die so edle und hohe Seele des ehrwürdigen Bischofs von Moulins, wenn die Umstände es erfordern, allen Prüfungen gewachsen sein wird." Die offizielle „Patrie" bemerkt hierzu, daß zu einem Märtyrerkranz, wie er hier angedeutet werde, keine Aussicht vorhanden sei. Der Kaiser habe die Anarchie zuerst in Rom und erst dann in Frankreich besiegt, er habe den Papst in den Vatikan zurückgeführt und die Kirche der heiligen Genovefa dem Gottesdienste wiedergegeben; er werde Niemandem die Sorge überlassen, die Religion besser, als er selbst zu vertheidigen.

Gestern Nachmittags führte das Garde-Zuaven-Regiment im Bois de Boulogne Manöver im Feuer aus. Der Kaiser, von dem Prinzen Nikolaus von Nassau, in Majors-Uniform, begleitet, und die Kaiserin in offenem Wagen, wohnten diesem Manöver bei. — Marschall Randon wird aus der Dauphine noch für einige Tage hierher zurückkehren, um sich definitiv mit der Regierung über die Ausführung der Expedition nach Kabylien zu verständigen. Hinsichtlich der algierischen Eisenbahnen ist in dem neue